

ANDERS DENKEN

Postkolonialismus, Geopolitik und Politische Geographie

JULIA LOSSAU

Summary: Think different. Postcolonialism, Geopolitics and Political Geography

While the Anglo-American realm has been witnessing a reawakening interest in political geography and its explicit politicisation during the last three decades, German political geography has largely remained a minor discipline unaware of its political content. Emanating from the specific way of coming to terms with a doubtful past, its insignificance is most apparent regarding the widespread disinclination to interfere in the contemporary revitalisation of the term *Geopolitik*. Against this background, the paper outlines a different understanding, a more appropriate understanding it is hoped, of political geography. Taking the perspective of *critical geopolitics* and linking it explicitly to the field of post-colonial theory, the supposed innocence not only of disciplinary, but also of 'popular' geographical discourse is challenged. Geopolitical reasoning, it is argued and illustrated by the representations of Turkey in German foreign policy, (re-)produces the taken-for-granted boundaries demarcating the place of the 'self' from 'other' places. Against this binary logic, the paper offers alternative concepts of cultural localisation and hence possible strategies of resistance.

Zusammenfassung: Im Rahmen der weltpolitischen Umbrüche der letzten Dekade hat mit dem Geopolitikbegriff ein Terminus an Popularität gewonnen, der nach 1945 zunächst aus dem deutschen Sprachgebrauch gestrichen war. Infolge der nachkriegszeitlichen Trennung von Politischer Geographie einerseits und Geopolitik andererseits aber zeigt sich die deutschsprachige Politische Geographie nur in geringem Maße bereit, diese Entwicklung öffentlichkeitswirksam zu kommentieren. Im angelsächsischen Kontext herrscht dagegen ein grundlegend anderes Verständnis von Politischer Geographie vor. Im Zuge der jüngeren Debatten um den Zusammenhang von Raum, Wissen und Macht konstituierte sich dort der Ansatz der *critical geopolitics*, in dessen Gedankengebäude insbesondere auch postkoloniale Theorien eingeflossen sind. Diese andere Geopolitik begreift das geopolitische Denken als eine diskursive Praxis, mit deren Hilfe die scheinbar natürliche Ordnung der internationalen Politik erst produziert und der ‚eigene‘ Raum von dem der ‚Anderen‘ abgegrenzt wird. Der Beitrag zeigt den Mechanismus der ‚Verräumlichung‘ am Beispiel der deutschen Türkei politik auf und stellt damit Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten einer zeitgemäßen Reformulierung politisch-geographischer Forschungsstrategien zur Diskussion.

1 Einleitung

Bereits vor einigen Jahren ist mit dem Geopolitikbegriff ein Terminus in die Schlagzeilen zurückgekehrt, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs insbesondere im deutschen Sprachgebrauch lange ein Schattendasein führte. Ob es sich um die Lage Deutschlands in Europa, die Osterweiterung der Europäischen Union oder den jüngsten Krieg auf dem Balkan handelt: die Bezeichnung verschiedener politischer Argumentationsmuster als geopolitisch ist – ungeachtet der Vergangenheit dieses Begriffs – wieder hoffähig geworden. Zwar mag die Revitalisierung des normativ stark besetzten Begriffs verschiedene Ursachen haben. Doch vollzieht sie sich nicht von ungefähr in einer Zeit, in der die Medien das Bild einer zunehmend unübersichtlichen und krisenhaften Welt zeichnen. Denn der Einsatz des Geopolitikbegriffs suggeriert genau diejenige gleichsam natürliche Ordnung und Orientierung, deren Verlust im Lauf der letzten zehn Jahre immer wieder beklagt worden ist.

Die deutsche Geographie hat diese Entwicklung zunächst weitgehend ignoriert bzw. schweigend zur

Kenntnis genommen. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Politischen Geographie tun sich immer noch schwer, die aktuelle (Un-)Ordnung der globalen Politik öffentlichkeitswirksam zu kommentieren. Ihre Zurückhaltung – und damit auch ihre *vermeintliche* politische Abstinenz – muß im Zusammenhang mit der generellen Entwicklung der Politischen Geographie nach 1945 gesehen werden. Eine besondere Bedeutung kommt den erfolgreichen Bemühungen CARL TROLLS und PETER SCHÖLLERS zu, die „Politische Geographie als Teilgebiet der geographischen Wissenschaft“ von der „nationalsozialistischen Geopolitik“ zu trennen (SCHÖLLER 1957; TROLL 1947). Durch diese Trennung war die Politische Geographie lange Zeit nicht nur durch eine Ausblendung der mit der verfeimten Geopolitik assoziierten globalen Maßstabebene, sondern auch durch eine Negation ihres politischen Gehalts gekennzeichnet (vgl. SANDNER u. OBEINBRÜGGE 1992). Zwar entstanden im Verlauf der 80er Jahre einige Arbeiten, die diese Defizite insbesondere durch Bezüge zur Friedens- und Konfliktforschung zu überwinden versuchten. Insgesamt aber sind engagierte und kritische Beiträge, die die zwischenstaatlichen Beziehungen

und die internationale Dimension in offener Auseinandersetzung mit dem Geopolitikbegriff einschließen, immer noch eine Seltenheit in einer Teildisziplin, die ohnehin „ein Kümmerdasein an den geographischen Instituten und Seminaren deutscher Hochschulen und Universitäten“ (KOST 1997, 133) fristet.

Vor dem Hintergrund der erneuten Popularität geopolitischen Denkens werden jedoch in jüngerer Zeit Stimmen laut, die die grundsätzliche Stigmatisierung des Geopolitikbegriffs in Frage stellen und den Anschluß an die internationale politisch-geographische Diskussion fordern (vgl. etwa KOST 1997; OBENBRÜGGE u. SANDNER 1994). Insbesondere die Entwicklungen im angelsächsischen Kontext haben nämlich gezeigt, daß die Verwendung des Geopolitikbegriffs nicht zwangsläufig in Widerspruch zu einem engagierten und kritischen Wissenschaftsverständnis stehen muß. Im Zuge der postmodernen/poststrukturalistischen Debatten um den Zusammenhang von Wissen, Macht und Raum entwickelte sich dort gegen Ende der 80er Jahre der Ansatz der *critical geopolitics*, dessen Gedankengebäude insbesondere auch von der postkolonialen Kritik beeinflusst ist: „If there is a single text that has influenced the existing critical geopolitics literature more than any other, it is probably Said's (1978) *Orientalism*“ (DODDS u. SIDAWAY 1994, 516).

Es kann nicht das Ziel dieses Beitrags sein, die komplexen und teilweise widersprüchlichen Epistemologien der postkolonialen Ansätze einerseits und der *critical geopolitics* andererseits detailliert nachzuzeichnen. Da es sich aber in beiden Fällen um Bereiche handelt, die innerhalb der deutschen Geographie bislang kaum berücksichtigt wurden, sollen ihre theoretischen Prämissen doch insoweit wiedergegeben werden, wie es für das Verständnis einer postkolonialen Geopolitik notwendig erscheint. Zu diesem Zweck wird zunächst auf einige Zusammenhänge zwischen Geographie und Postkolonialismus hingewiesen. In dem anschließenden Versuch, die Möglichkeit bzw. die Unmöglichkeit einer postkolonialen Geopolitik zu diskutieren, sollen die Inhalte der bereits erwähnten *critical geopolitics* einerseits nachvollzogen, andererseits aber pointierter mit dem Postkolonialismus verbunden werden, als das in der Literatur des Ansatzes meist der Fall ist. Während diese Diskussion auf einer theoretischen Ebene angesiedelt ist, werden die Potentiale einer anderen Geopolitik im vierten Teil des Beitrags am Beispiel der deutschen Türkeipolitik veranschaulicht. Auf diese Weise soll deutlich werden, inwiefern die postkoloniale Perspektive zu einer Erweiterung politisch-geographischer Forschungsstrategien beizutragen vermag – aber auch, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind.

2 Postkolonialismus und Geographie

Weitgehend unbemerkt von der deutschen *scientific community* hat sich die Beschäftigung mit den Bedingungen von Imperialismus, Kolonialismus und deren zeitgenössischer Variante, dem Neokolonialismus, zu einem Schauplatz der Postmoderne-Diskussion entwickelt. Ausgehend von der Infragestellung der Objektivität westlichen Denkens und dem Versuch, entkolonialisiertes oder postkoloniales Wissen jenseits der westlichen Denktraditionen zu entwickeln, haben sich während der letzten zehn Jahre unterschiedliche Ansätze entwickelt, die unter der Überschrift „Postkolonialismus“ subsumiert werden. Die Fülle der Beiträge ist mittlerweile nur noch schwer zu überblicken und längst nicht mehr auf den Bereich der *cultural studies* beschränkt. Die Dynamik und gelegentliche Schärfe der postkolonialen Debatte resultieren jedoch nicht allein aus unterschiedlichen disziplinären Schwerpunkten. Vielmehr sind ihre Ursachen in disziplinübergreifenden Differenzen bezüglich der Beziehung des Postkolonialismus zu seinen ‚Anderen‘ (Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus), teilweise widersprüchlichen theoretischen Prämissen und damit verbundenen strategischen Differenzen zu suchen.

2.1 Postkoloniale Theorie und Praxis

Jede Annäherung an das Postkoloniale setzt eine Analyse imperialer bzw. (neo-)kolonialer Strukturen und ihrer Persistenzen voraus. Doch ist bereits die Verwendung dieser (auch innerhalb der postkolonialen Autoren- und Autorinnenschaft) vielfach synonym gebrauchten Begriffe keineswegs unumstritten. Gleiches gilt für den Terminus des Postkolonialismus selbst und insbesondere die Frage nach dessen normativen Bezügen. So hat etwa PETER HULME – in einer Kritik bewertender Positionen – eindringlich davor gewarnt, den Postkolonialismus mit einem „Verdienstorden“ gleichzusetzen, den zu tragen ausschließlich denjenigen vorbehalten sei, die sich vollends vom „Übel des Kolonialismus“ befreit hätten (HULME 1995).

Unterschiedliche Auffassungen bestehen aber auch bezüglich der Sinnhaftigkeit des Präfixes *post*. Denn geht man mit den postkolonialen Ansätzen davon aus, daß (neo-)koloniale und imperiale Machtstrukturen eben nicht der Vergangenheit angehören, so stellt dieser Widerspruch in der Tat „ein schwerwiegendes, wenn nicht das schwerwiegendste Problem des Begriffs postkolonial dar“ (WILLIAMS a. CHRISMAN 1994, 3, Üs. JL). Er kann jedoch – zumindest teilweise – aufgelöst werden, wenn man die Diskussionen um die bekannte-

ren „Posts“ (der Postmoderne und des Poststrukturalismus) nachvollzieht. Denn ebenso, wie das *post* in diesen Ansätzen eine chronologische und eine kritische Dimension aufweist, ist auch das „postkoloniale Post“ in zweifacher Hinsicht zu verstehen:

“After our long discussions about poststructuralism and postmodernity, it should be not too hard to grasp that the ‘post’ in ‘postcolonial’ has two dimensions that exist in tension with each other: a temporal dimension, in which there is a punctual relationship in time between, for example, a colony and a postcolonial state, and a critical dimension in which, for example, postcolonial theory comes into existence through a critique of a body of theory analyzed as at least implicitly ‘colonial’ – with the concomitant recognition that the critique in part is made possible by the object of the critique” (HULME 1995, 121).

Damit wird deutlich, in welchem engem Zusammenhang die postkoloniale Literatur zu postmodernen/poststrukturalistischen Ansätzen steht. Und auch wenn die Parallelen längst nicht auf die inhaltliche Bestimmung der Vorsilbe beschränkt sind, so sollten die Begriffe doch nicht gleichgesetzt werden. Denn die intellektuelle Geschichte des Postkolonialismus ist durch eine Ambivalenz gekennzeichnet, die LEELA GANDHI zu analytischen Zwecken auf eine Dialektik zwischen Marxismus einerseits und Poststrukturalismus/Postmodernismus andererseits reduziert hat (GANDHI 1998, viii). Die Spannung zwischen diesen Polen – unbedingt zu ergänzen sind hier feministische Ansätze – manifestiert sich jedoch nicht allein in vehementen Kritiken der jeweils anderen Positionen, sondern in vielen Fällen auch innerhalb der Arbeiten einzelner Diskutantinnen und Diskutanten. Die Beiträge Gayatri Spivaks etwa, einer der bekanntesten Autorinnen, sind durch eine ‚epistemische Membran‘ gekennzeichnet, die ständig zwischen drei Polen vermittelt: “she articulates Marxism with poststructuralism and with feminism, and uses each to disrupt the privileges the other two typically arrogate to themselves” (GREGORY 1994, 185). Bedeutung und Konsequenzen von (Neo-)Kolonialismus und Imperialismus sind demnach weder durch eine marxistische noch durch eine poststrukturalistische oder feministische Perspektive in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Vielmehr kann, wenn auch grob vereinfachend, folgendes Bild gezeichnet werden: Während die postkoloniale Theorie weitgehend durch die poststrukturalistische Kritik der westlichen Epistemologie und entsprechende Konzeptionalisierungen von kultureller Alterität bzw. Differenz geprägt ist, bilden marxistische Ansätze die Basis der postkolonialen Praxis (vgl. GANDHI 1998, ix).

Insgesamt also muß der Postkolonialismus einerseits als ein diffuser und umstrittener Begriff bezeichnet werden, dem ein einheitliches begründendes Para-

digma ebenso fehlt wie eine kohärente Methodologie. Andererseits aber sind es gerade die Spannungen zwischen Kosmopolitanismus und Nationalismus, Hybridität und strategischem Essentialismus, Fragmentierung und Solidarität, denen die postkolonialen Ansätze ihre Attraktivität und steigende Popularität zu verdanken haben.

2.2 *Imaginative Geographien und postkoloniale Geographie*

Angesichts der theoretisch-praktischen Differenzen überrascht die Übereinstimmung, mit der das Buch “Orientalism” (SAID 1978) als intellektueller Ursprung und Katalysator der postkolonialen Kritik angeführt wird (vgl. etwa GANDHI 1998; WILLIAMS a. CHRISMAN 1994). Darin zeigt EDWARD SAID – in Anlehnung an MICHEL FOUCAULTS Untersuchungen zum Diskursbegriff und insbesondere dessen „Archäologie des Wissens“ (FOUCAULT 1973) – die Produktion des Orients als das ‚Andere‘ Europas auf, wie sie insbesondere durch die entsprechenden Diskurse des französischen und britischen Imperialismus vorangetrieben wurde. Trotz der z.T. scharfen Kritiken, denen sich SAID nicht nur von seiten der objektivistischen, sondern auch von Teilen der postmodernen/poststrukturalistischen Wissenschaft ausgesetzt sah, hat sich seine Analyse des westlichen Imperialismus und dessen Repräsentationsmuster längst zum Gemeingut der postkolonialen Kritik entwickelt (vgl. GANDHI 1998; GRIMM 1997).

Wie FOUCAULT die Bedeutung der Geographie im diskursiven Zusammenspiel von Macht und Wissen betont (vgl. FOUCAULT 1980; PHILO 1992), so unterstreicht auch SAID den zentralen Stellenwert geographischer Macht/Wissen-Systeme oder imaginativer Geographien für die imperialen Diskurse: “We would not have had empire itself without important philosophical and imaginative processes at work in the production as well as the acquisition, subordination and settlement of space” (SAID 1989, 216). Der Imperialismus selbst stelle im Gegenteil eine Form geographischer Gewalt dar, mit deren Hilfe die ganze Welt erforscht, kartiert und letztlich immer wieder unter (westliche) Kontrolle gebracht würde (SAID 1993). Diese Sensibilität bezüglich raumbezogener Strategien haben sich auch seine Nachfolgerinnen und Nachfolger zu eigen gemacht, so daß die postkolonialen Arbeiten nicht zuletzt in einer Kritik des (neo-)kolonialen Blicks bestehen, der die Welt – gleichsam durch das vermeintlich neutrale Auge des freischwebenden cartesianischen Subjekts – regionalisiert und gleichzeitig diszipliniert (vgl. GREGORY 1994).

Innerhalb der geographischen Disziplin – oder zumindest innerhalb der dominanten geographischen

Paradigmen – aber blieb die Wirkung imaginativer Geographien lange Zeit unbeachtet. Vielmehr untermauerte die moderne Geographie durch ihre Betonung des Visuellen und Simultanen die Dominanz des cartesianischen Blicks auch dann noch, als sie von anderen Disziplinen längst in Frage gestellt worden war (vgl. Ó TUATHAIL 1996, 71). Erst im Verlauf desjenigen Prozesses, den DEREK GREGORY (1994) als “‘socialisation’ of human geography” bezeichnet hat, wurde die Objektivität des ‚westlichen‘ (geographischen) Wissens auch innerhalb der wissenschaftlichen Geographie zunehmend in Frage gestellt. So popularisierte insbesondere die Postmodernerezeption zunächst die Auffassung, daß Geographie als eine spezifische Form von Macht/Wissen nicht *ist*, sondern vielmehr gemacht wird. Die Auseinandersetzung mit der postkolonialen Kritik führte schließlich dazu, daß sich im internationalen Kontext auch eine postkoloniale Geographie etablieren können.

Obwohl eine wichtige Aufgabe der postkolonialen Geographinnen und Geographen in der Dekolonialisierung der eigenen Disziplin besteht, reduzieren sie ihre Kritik nicht auf die Geographie in ihren disziplinären Grenzen. Im Vordergrund steht vielmehr die Auseinandersetzung mit den Bildern des allgemeinen geographischen Diskurses. GREGORY spricht hier von „populären Geographien“, die gerade nicht auf die geographische Wissenschaft beschränkt, sondern als Teil der sozialen Praktiken in zahllose Topographien von Macht und Wissen eingelassen seien (GREGORY 1994).

Mit der kritischen Analyse dieser populären Geographien aber ist immer auch der Versuch verbunden, andere und wenn möglich bessere Repräsentationen an die Stelle der scheinbar homogenen Entitäten des ‚Eigenen‘ und ‚Anderen‘ zu setzen – “the recovery of those hidden spaces occupied, and invested with their own meaning, by the colonial underclasses” (CRUSH 1994, 337).

3 Zur (Un-)Möglichkeit einer postkolonialen Geopolitik

In Anbetracht der explizit kritischen politischen Ausrichtung der postkolonialen Ansätze klingt die Vorstellung einer postkolonialen Geopolitik auf den ersten Blick nach einer „unmöglichen“ Zusammenführung gegensätzlicher Begriffe: Während sich die postkolonialen Ansätze um eine Dekonstruktion (neo-)kolonialer Diskurse und eine emanzipatorische Praxis bemühen, wird der Geopolitikbegriff von großen Teilen der deutschen Geographie mit wissenschaftlich zweifelhafter Machtpolitik nach Art der „geopolitischen Tradition“ assoziiert und als Terminus verstanden, “whose

very mode of being has been power and the calculated use of it for reactionary ends” (Ó TUATHAIL 1994, 525). Demgegenüber zeigen die jüngeren Entwicklungen innerhalb des angelsächsischen Kontexts, daß dieser Widerspruch unter gewissen Bedingungen aufgelöst werden kann. Zwar galt die politisch-geographische Teildisziplin auch in diesen Ländern nach 1945 zunächst als “moribund backwater” (BERRY 1969), und auch die Auseinandersetzung mit dem Geopolitikbegriff wurde – ebenso wie die Beschäftigung mit der globalen Maßstabebene – weitgehend vermieden. Doch im Laufe der 80er Jahre entwickelte sich eine vielfältige anglophone Politische Geographie, die sich auch kritisch mit dem Geopolitikbegriff auseinandersetzen mußte. Im Zuge dieser Entwicklungen formierte sich gegen Ende der 80er Jahre der Ansatz der *critical geopolitics*, dessen epistemologische und methodologische Grundlagen auch von postkolonialen Autorinnen und Autoren beeinflusst sind.

Wie die postkoloniale Geographie, so stellt auch diese „kritische Geopolitik“ die *eine* Wirklichkeit des objektivistischen Forschungsverständnisses radikal in Frage. Damit verliert die Geopolitik nicht nur ihren Status als Prophetin einer gleichsam naturgegebenen Wahrheit, sondern wird umgekehrt als eine diskursive Praxis verstanden, mit deren Hilfe die scheinbar natürliche räumliche Ordnung der internationalen Politik erst produziert wird. Das entscheidende Moment des geopolitischen Diskurses wird in der Trennung des ‚eigenen‘ Raums von dem der ‚Anderen‘ gesehen; “its political function being to incorporate and regulate ‘us’ or ‘the same’ by distinguishing ‘us’ from ‘them’, the same from the ‘other’” (DALBY 1991, 274).

Diese „Verräumlichung“ des Sozialen und Politischen ist jedoch – entgegen vielen Assoziationen innerhalb der deutschsprachigen Geographie – keineswegs auf den Geodeterminismus der (deutschen oder internationalen) „geopolitischen Tradition“ beschränkt. Im Gegenteil bilden die mit diesem ebenso euro- wie androzentrischen Begriff bezeichneten „großen Männer der Geopolitik“ nur einen kleinen Ausschnitt der geopolitischen Landschaft. Denn zum einen wird ihr Ziel, scheinbar natürliche Weltbeschreibungen und -ordnungen zu produzieren, von ihren mehr oder weniger populären Apologeten und Apologetinnen auch weiterhin verfolgt. Zum anderen aber besteht neben den formalisierten strategischen Konzepten dieser formellen Geopolitik eine zweite Ordnung geopolitischer Weltbilder, die als Teil des allgemeinen geographischen Diskurses kontinuierlich (re-)produziert bzw. transformiert werden. Diese Bilder sind weder auf den institutionellen Rahmen der „geopolitischen Tradition“ noch auf denjenigen einer vermeintlich objektiven Politischen

Geographie beschränkt. Vielmehr kommen sie vom Klassenzimmer bis zum Kanzleramt auf unzähligen Ebenen zum Tragen und können gemäß ihrem hauptsächlich diskursiven Kontext einer praktisch-politischen oder einer populär-medialen Geopolitik zugeordnet werden. Allerdings sollte über diese rein analytische Unterscheidung nicht aus den Augen verloren werden, daß die objektivistische Logik des geopolitischen Denkens gleich welcher Art die vielfältigen lokalen Wirklichkeiten auf überschaubare geographische Abstraktionen reduziert (vgl. Ó TUATHAIL a. AGNEW 1992).

Vor diesem Hintergrund muß es das Ziel einer explizit postkolonialen Geopolitik sein, die schematischen Weltbilder der geopolitischen Diskurse kritisch zu hinterfragen. Sie muß die (neo-)kolonialen Codierungen aufspüren, mittels derer der Raum des ‚Eigenen‘ von dem der ‚Anderen‘ abgegrenzt wird. Sie muß dem Denken in Dichotomien ein Denken von Differenzen entgegensetzen, das die Vielfältigkeit und Komplexität der jeweiligen ‚Anderen‘ ebenso anzuerkennen versucht, wie es die Homogenität des ‚Eigenen‘ in Frage zu stellen bereit ist. Zwar dürfte sich dieser Versuch ebenso langwierig wie schmerzlich gestalten, da nicht zuletzt die eigene Beteiligung an der permanenten Unterordnung der Subalternen deutlich würde. Doch stellt er die einzige Möglichkeit dar, jenen fundamentalen Mechanismus, der in der Abgrenzung von ‚Anderen‘ vermeintlich richtiges Wissen zu (re-)produzieren vermag (vgl. HALL 1997), zu unterbrechen und die scheinbar naturgegebenen Verortungen durch andere, bessere zu ersetzen.

Nur eine solche Geopolitik kann einen Beitrag zur postkolonialen Suche nach besserem Wissen über ‚das Fremde in den Anderen‘ wie auch das ‚Eigene‘ leisten. Sie wird damit ebenso zum Gegenstück der Geopolitik, wie der Postkolonialismus als das ‚Andere‘ des (Neo-)Kolonialismus und Imperialismus gelten kann. Dabei stellt sie ebensowenig ein geschlossenes Theoriegebäude dar, wie sie als intellektuelle Negation der Geopolitik zu verstehen ist: Sie *ist* nicht, sondern findet vielmehr immer wieder aufs Neue durch eine Kritik ihres Gegenstücks statt (vgl. Ó TUATHAIL 1996). Somit kann und will eine postkoloniale Geopolitik auch keine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Geopolitik geben. Denn ihr Ziel besteht nicht zuletzt darin, auf die Kontextgebundenheit jeglichen geopolitischen Wissens und Denkens zu verweisen.

4 Die Türkei im Spiegel deutscher Außenpolitik

Die Potentiale, aber auch die Schwierigkeiten einer postkolonialen Geopolitik sollen nun anhand der deut-

lichen Türkeipolitik veranschaulicht werden. Die Auswahl dieses Beispiels mag überraschen, denn beide Staaten werden auch in akademischen Kreisen nur selten als (neo-)kolonial repräsentiert. Doch sollte die mangelnde Auseinandersetzung mit einer kolonialen und imperialen Vergangenheit nicht mit mangelnder Notwendigkeit gleichgesetzt werden. Offensichtlich aber sieht man sich in Deutschland aufgrund der vergleichsweise „frühen“ Endes des formalen Kolonialismus und der vergleichsweise „geringen“ kolonialen Besitztümer von einer kritischen Auseinandersetzung entbunden. Denn obwohl der Kolonialgedanke nach 1918 weiterbestand und „sich – trotz aller Unterschiede zwischen dem imperialistischen Gedanken von 1914 und dem völkischen Nationalsozialismus – in bezug auf die rassistische Ideologie viele Gemeinsamkeiten feststellen [lassen]“ (SCHMITZ 1998, 38), findet eine „Bewältigung“ der Vergangenheit, mit welchem Erfolg auch immer, lediglich hinsichtlich des Dritten Reiches statt.

Zwar ist diese „historische Amnesie“ keineswegs auf das Verhältnis zur Türkei beschränkt (SCHMITZ 1998). Sie scheint aber in diesem speziellen Fall insofern intensiviert, als sich die deutschen Interessen am Osmanischen Reich, die letztlich auch territorialer Art waren (vgl. HENDERSON 1993), zu keiner Zeit in Territorialbesitz manifestieren konnten. So war und ist die offizielle Rhetorik durch das Bild traditionell guter und partnerschaftlicher Beziehungen geprägt, und die Beziehungen zwischen beiden Staaten stehen – trotz episodischer Verstimmungen – „für Völkerfreundschaft schlechthin“ (STEINBACH 1996a, 9).

Doch hält dieses Bild einer kritischen und „postkolonialen“ Untersuchung stand? Oder ist innerhalb der deutschen Türkeipolitik nach wie vor ein (neo-)kolonialer Blick auf die Türkei virulent? Diesen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden, wobei der Schwerpunkt der Untersuchung auf den Jahren nach 1989 liegt. Zu diesem Zweck soll zunächst die diskursive Festschreibung der Türkei durch den populär-medialen Expertendiskurs analysiert¹⁾ und anschließend deren Entsprechung im Bereich der praktisch-politischen Geopolitik aufgezeigt werden. Auch wenn der Schwer-

¹⁾ Dieser Analyse liegen hauptsächlich Texte von U. STEINBACH (Deutsches Orient-Institut, Hamburg) und B. TIBI (Georg-August-Universität, Göttingen) zugrunde, die diesen Diskurs maßgeblich prägen. Obwohl insbesondere STEINBACH aufgrund seiner institutionellen Verankerung als Bindeglied zwischen der populär-medialen und der praktisch-politischen Geopolitik gelten kann, werden die analysierten Beiträge (s. Literaturverzeichnis) dem Mediendiskurs zugerechnet.

punkt damit auf einer kritischen Analyse bestehender Weltbilder liegt, werden abschließend Möglichkeiten und Probleme alternativer Verortungen auf einer allgemeinen Ebene skizziert.

Zuvor sei jedoch in aller Kürze auf die grundlegenden Bedingungen der deutschen Türkeipolitik eingegangen: Aufgrund der fortschreitenden europäischen Integration hat sich die Bundesrepublik – etwa im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – grundsätzlich mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten abzustimmen. Daneben verfolgt sie jedoch auch nationale Interessen, die bezogen auf die Türkei nicht nur wirtschaftspolitischer, sondern auch gesellschafts- oder innenpolitischer Natur sind. Da die deutschen Bemühungen, diese besonderen Interessen geltend zu machen, als erfolgreich bezeichnet werden können, hat eine Metapher an Popularität gewonnen, derzufolge „der Weg der Türkei nach Europa über Berlin“ führt (vgl. SZ vom 21.7.1999). So geht etwa die Entscheidung des Europäischen Rates am 12./13. Dezember 1997 in Luxemburg, die Türkei nicht auf eine Ebene mit den elf Beitrittskandidaten zu stellen, „maßgeblich auf deutschen Einfluß zurück“ (JÜNEMANN 1999, 17).

4.1 Die diskursive Verortung der Türkei

Wohin gehört die Türkei? Die Frage nach dem Platz des Landes innerhalb der Staatenwelt beschäftigt die deutsche Öffentlichkeit – oder zumindest die entsprechenden Expertinnen und Experten – seit einigen Jahren in zunehmendem Maße. Zwar wurde auch während der Zeit der bipolaren Weltordnung zuweilen über die innere Verfaßtheit der Türkei und deren potentielle außenpolitische Konsequenzen spekuliert (vgl. STEINBACH 1979); an einer breiten Diskussion dieser Thematik scheint jedoch angesichts der Dominanz des Feindbilds ‚Warschauer Pakt‘ nur wenig Interesse bestanden zu haben. So wurde die Türkei zumeist als ‚Südflanke der NATO‘ repräsentiert, deren grundsätzliche Zugehörigkeit zum Westen aufgrund ihrer Mitgliedschaft in wichtigen Bündnissen und Organisationen (neben der NATO etwa der OSZE und dem Europarat) sowie eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft als hinreichend gesichert galt.

Nach dem Ende des real existierenden Sozialismus und dem damit verbundenen Verlust des dominanten Feindbilds hat sich in den letzten Jahren jedoch ein neuer Ordnungsdiskurs etabliert, der diese Zugehörigkeit in Frage stellt. Die Koordinaten dieses Diskurses lauten nicht länger Kommunismus und Kapitalismus. An die Stelle ideologisch-politischer Kategorien sind

zunehmend zivilisatorisch-kulturelle Unterscheidungen getreten, wie sie am medienwirksamsten wohl von SAMUEL HUNTINGTON formuliert worden sind (HUNTINGTON 1993). Auch wenn die Schicksalhaftigkeit der Thesen HUNTINGTONS als modische Version der alt-geographischen Kulturerdteile in Teilen der deutschen Öffentlichkeit durchaus kritisch beurteilt wird (vgl. EHLERS 1996), so ist doch auf die Frage nach dem Platz der Türkei zu hören, daß sie „je nach Betrachtungsweise zu verschiedenen Regionen“ gehöre bzw. Teil „mehrerer Kulturkreise“ sei (KRAMER 1996, 590). Nicht selten wird dabei die Lage der Türkei zwischen Europa und Asien zum Symbol dafür erklärt, daß die Türkei nicht nur ein Teil Europas, sondern politisch und kulturell mehreren regionalen Kollektiven zuzuordnen sei.

Die „islamische Türkei“ als Teil des Nahen Ostens und des Mittelmeerraums

So gilt die Türkei zum einen als Land des Nahen Ostens bzw. als „Schlüsselland deutscher Nahostpolitik“ (STEINBACH 1996b, 192). Zwar mag diese Verortung auf den ersten Blick wertneutral erscheinen. Doch liegt bereits der Denotation (also der „direkten“ Bedeutung) des Nahen Ostens ein meist nicht mehr hinterfragter westlicher Orientierungsrahmen zugrunde, der die Eurozentrik des kolonialen Blicks bis heute reproduziert. Auf konnotativer Ebene aber wird die Türkei darüber hinaus zum Bestandteil einer Region erklärt, die als Metapher für die Bedrohung der westlichen Ordnung und Identität gelten kann. Wendungen wie „nahöstliches Pulverfaß“, „nahöstlicher Krisenbogen“ und „-herd“, um nur einige zu nennen, mögen dies veranschaulichen.

Dieses Bedrohungsszenario hat in den letzten Jahren insofern noch an Drastik gewonnen, als „mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die Diskussion der Frage, was Sicherheit ist und wann sie bedroht wird, eine Renaissance erlebt hat“ (JACOBS u. MASALA 1999, 29). Da diese „neue sicherheitspolitische Diskussion“ zu einer generellen Ausweitung des Sicherheitsbegriffs geführt hat, verlängerte sich auch die Liste der auf den Nahen Osten projizierten Risiken. So wurden die „traditionellen“ Elemente der nahöstlichen Bedrohung („Ölwaffe“, islamischer Nationalismus und Terrorismus) um die „Neuen Risiken“ der Bevölkerungsexplosion, Massenmigration und Umweltschäden ergänzt (KRAMER 1995). Aus diesen „weichen“ Risiken aber wird eine unmittelbare Bedrohung für Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen abgeleitet, so daß sich der sog. erweiterte Sicherheitsbegriff in besonderem Maße geeignet erweist, „die fundamentale Be-

drohung des Westens durch den Islamismus zu beschwören" (RUF 1998, 230). Damit wird deutlich, daß die Verortung der Türkei im Nahen Osten eine religiös-kulturelle Codierung aufweist und das ‚Andere‘ des Westens hier der islamische Fundamentalismus – „wenn nicht der Islam schlechthin" (KRÄMER 1995, 159) – ist.

Auch die Konstruktion der Türkei als Teil des Mittelmeerraums (JÜNEMANN 1997, 1999) ist religiös-kulturell codiert. Denn die mit dem Nahen Osten verbundenen Sicherheitsrisiken werden zunehmend auch auf den „Krisenbogen Mittelmeer" projiziert:

„Historisch tief verwurzelte Entwicklungsdefizite [...], der ungelöste israelisch-arabische Konflikt, Auseinandersetzungen über Grenzen, zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege zwischen autoritären Regimen und islamischen Bewegungen bzw. Terrorgruppen, eine rasante Bevölkerungszunahme, mit der auch die größten wirtschaftlichen Wachstumsraten nicht mithalten könnten, die Gefahr der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen – all dies wird von politischen Beobachtern als der ‚Krisenbogen Mittelmeer‘ wahrgenommen, der vom Konflikt um die Westsahara bis zu den türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen reiche und dessen Turbulenzen Europa unmittelbar berühren" (SCHLOTTER 1999, 3).

Doch stellt sich die Frage, ob eine solche erklärende Aufzählung von Sicherheitsrisiken überhaupt noch erforderlich ist. Fast hat es nämlich den Anschein, als könne die neue Bedeutung des Mittelmeerbegriffs bereits allein mittels griffiger Formeln (re-)produziert werden. Dies legt zumindest ein Beitrag von ANDREAS JACOBS und CARLO MASALA nahe, dessen Überschrift zu entnehmen ist, daß sich das Mittelmeer vom „Mare Nostrum" zum „Mare Securum" entwickelt habe (JACOBS u. MASALA 1999).

Sei es also durch die Verortung im Nahen Osten oder sei es durch diejenige im Mittelmeerraum: Beide Diskursstränge repräsentieren die Türkei nicht nur als Teil einer islamischen Welt, sondern darüber hinaus als Teil eines islamischen Sicherheitsrisikos. Am pointiertesten kommt dies in denjenigen Textstellen zum Ausdruck, in denen das Land in einen direkten Zusammenhang mit bestimmten, als „besonders" islamisch bzw. fundamentalistisch geltenden Staaten gebracht wird. Denn an die Namen dieser Staaten sind Assoziationen geknüpft, deren Wirkung diejenige des Nahen Ostens und des „Mittelmeers" noch übertrifft. Damit werden diese Staaten auf Schlagworte reduziert, deren bloße Nennung die vermeintliche Bedrohung weiter zuzuspitzen vermag. Als ein Musterbeispiel kann hier das folgende Zitat von UDO STEINBACH gelten, demzufolge die innen- und außenpolitische Entwicklung der Türkei „aus dem Zusammenhang, der mit den Stichworten Iran und Algerien umrissen ist, nicht völlig herauszulösen" (STEINBACH 1997b, 51) sei.

Die „neo-osmanische Türkei" als Zentrum der neuen Turkregion

Neben der „Raum gewordenen" Bedrohung des Nahen Ostens oder des Mittelmeerraums wird die Türkei einem neuen türkischen Großraum zugeschrieben (STEINBACH 1997a). Über diesen Großraum ist zu lesen, daß er sich nach dem Ende der Sowjetunion gebildet habe und sich „vom Balkan bis zur westchinesischen, von den Türken ‚Ostturkestan‘ genannten Provinz Xingjiang" (TIBI 1998, 3) erstrecke. Zwar hat es zuweilen den ironischen Anschein, als würde dieser Großraum auch innerhalb des populär-medialen Diskurses als eine Fiktion betrachtet – habe es doch eine Weile gedauert, „bis man im Westen realisierte, daß die fünfzig Millionen Nicht-Russen im Kaukasus, in Transkasprien und Mittelasien zu neunzig Prozent Türken und Muslime und darüber hinaus turksprachig sind" (LERCH 1993, 3). Nichtsdestotrotz bietet die Konstruktion dieses Raums Anlaß, „analog zur arabischen Welt von einer sich formierenden türkischen Welt" (TIBI 1998) zu sprechen. Und so kolportiert etwa BASSAM TIBI in gewollter oder ungewollter Anlehnung an HALFORD MACKINDER (1904), daß man die ethnisch-kulturelle Bestimmung Zentralasiens als türkisch „in eine neue geopolitische Perspektive einordnen [könnte], die den Stellenwert des türkischen Kernlandes erhöht und die Entwestlichung der kemalistischen Türkei fördert" (TIBI 1998, 3).

In der Verortung der Türkei als Zentrum einer Turkregion wird die religiös-kulturelle Codierung, wie sie der (Re-)Produktion der „islamischen Türkei" zugrunde liegt, um eine ethnisch-kulturelle Komponente ergänzt. Da jedoch in der Literatur darauf hingewiesen wird, daß „eine ‚neo-osmanische‘ Außenpolitik [...] nicht von einem stärkeren Einfluß des Islam im Inneren zu trennen" (STEINBACH 1996a, 438) sei, ist die Unterscheidung dieser Codierungen eher analytischen Charakters. Durch ihre Kopplung aber wird die Türkei zum „Kernland" einer neo-osmanischen, dem Westen antagonistisch gegenüberstehenden Entität erklärt.

Die Assoziationen wiederum, die diese vermeintliche „Entwestlichung" hervorruft, sind durchgängig bedrohlichen Charakters. So wird zwar konstatiert, daß die türkische Abkehr vom Westen bislang auf rhetorischen Populismus beschränkt sei. Doch ließe etwa „das öffentlich vorgetragene Argument, die Türkei müsse den Norden des Irak [...] unter anderem deswegen annektieren, da dort zwei Millionen (eine bewußt grob aufgeblähte Zahl) Turkmenen lebten, [...] andeutungsweise erkennen, was eine populistische Politik auf der Grundlage von Pan-Ideologien anrichten könnte" (STEINBACH 1997a, 31). In diesem Sinne rät auch TIBI, die „neue, auf alte Quellen zurückgreifende Vision

einer pantürkischen Welt nicht zu unterschätzen" (TIBI 1998, 4).

Damit wird deutlich, daß das Bedrohungsmoment, das im Rahmen dieser Verortung aktiviert wird, ebenso selbstverständlich wie historisch verwurzelt ist. So sei an dieser Stelle mit HANS-DIETRICH SCHULTZ daran erinnert, daß es die westliche Frontbildung gegenüber den vorrückenden Osmanen war, die den Europa-begriff seit dem späten 15. Jahrhundert popularisierte (vgl. SCHULTZ 1999).

Die „westliche Türkei“ als Teil Europas?

Die dritte regionale Entität, der die Türkei zugeschrieben wird, ist die europäische. Angeführt werden hier hauptsächlich die wirtschaftlichen Beziehungen, deren Qualität immer wieder als hoch bezeichnet wird. Insbesondere durch die Ratifizierung der Vereinbarung über die Bildung einer Zollunion im Dezember 1995, mit der ein bereits im Assoziationsabkommen von 1963 vorgesehener Schritt vollzogen wurde (vgl. BAHADIR 1997), sei die Bindung der Türkei zur Europäischen Union zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht gestärkt worden. Auch aus spezifisch deutscher Sicht wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Vordergrund gerückt, belegt Deutschland doch „seit 1980 sowohl bei den türkischen Exporten wie bei den Importen den ersten Platz" (ŞEN 1998, 45). Dennoch sind es nicht ausschließlich ökonomische Gründe, aufgrund derer die Türkei auch als europäisch repräsentiert wird. So wird nicht zuletzt darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik „mit der Türkei durch über zwei Millionen von dort stammender Mitbürger unauflöslich verbunden" (STEINBACH 1997a, 33) sei.

Doch sind in der Literatur kaum Stellen zu finden, die diese Verbundenheit nicht mit einem Fragezeichen versehen. Dies kann insofern nicht überraschen, als eine vollständige Verortung der Türkei in Europa durch diejenige im Nahen Osten ebenso unterminiert wird wie durch die Konstruktion der Türkei als Kernstaat einer Turkregion. Denn alle drei Diskursstränge basieren auf einer binären Logik, die ebensolche Gegensätze produziert und letztlich auch die Türkei immer wieder aufs Neue hervorbringt. Allerdings – und dies ist zu betonen – geschieht letzteres weniger auf direktem Weg, als vielmehr über den „Umweg“ der übergeordneten kulturellen Entitäten. Damit beantwortet sich letztlich auch die Frage nach dem „Platz der Türkei in der internationalen Staatenwelt“, wenn auch aus einer gänzlich anderen, nämlich postkolonialen Perspektive: Da sie weder im ‚eigenen‘ Raum verortet, noch als vollkommen ‚anders‘ repräsentiert wird, be-

findet sie sich gleichsam zwischen essentialistischen Entitäten. Sie wird damit zu einem Raum zwischen binären Oppositionen, einem hybridem „Dazwischen“, das sich zeitlich „zwischen Vergangenheit und Gegenwart" (STEINBACH 1989, 40) und geographisch „zwischen Orient und Okzident" befindet.

An dieser Stelle stellt sich jedoch folgende Frage: Wie ist es möglich, daß die Türkei als „weder-noch“ bzw. „sowohl-als auch“ repräsentiert wird, wenn doch das geopolitische Denken auf der Bipolarität des „Entweder-Oders“ fußt? Zwar scheint hier auf den ersten Blick tatsächlich ein Widerspruch vorzuliegen. Wird aber – wie im folgenden – nachvollzogen, auf welche Art und Weise die Hybridität der Türkei im Rahmen der deutschen Türkeipolitik konzeptualisiert bzw. mobilisiert wird, so kann dieser Widerspruch aufgelöst werden.

4.2 Die deutsche Türkeipolitik zwischen rhetorischer Nähe, modernem Kreuzzug und okzidentaler Exklusion

Die deutsche Türkeipolitik spiegelt auf den ersten Blick das Bild der traditionell guten bilateralen Beziehungen wider. So ist – insbesondere bezüglich des türkischen Wunsches nach Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union – immer wieder zu lesen, daß sich die Türkei als Teil Europas „auf dem europäischen Hauptgleis" (PLOETZ 1998) befinde. Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch recht schnell den weitgehend kosmetischen Charakter dieser Beteuerungen auf. Denn ebenso oft wird erklärt, warum dem türkischen Wunsch nach Aufnahme (noch) nicht stattgegeben werden könne. Dabei werden neben den türkisch-griechischen Differenzen und dem Entwicklungsstand der türkischen Wirtschaft hauptsächlich Defizite in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte geltend gemacht.

Nun soll an dieser Stelle nicht dem Ende von Gleichheit und Freiheit, wie es aus der poststrukturalistischen Kritik der „grands récits" (LYOTARD 1979) gefolgert wird, das Wort geredet werden. Denn angesichts des berechtigten Verlangens marginalisierter und diskriminierter Menschen, gleiche Rechte einzuklagen, erscheint die Rede von deren Ende nur wenig angemessen. Ebenso wenig aber sollte vergessen werden, daß der westliche Blick die ursprünglich mehrdeutigen Menschenrechtsbegriffe auf einen einzigen Begriff verkürzte, dessen Allgemeinheit ein abstraktes (weißes, männliches und besitzendes) Individuum und damit die Abstraktion von jeglicher Besonderheit zugrunde liegt (vgl. NARR 1998). Die darin schon immer implizierte Ungleichheit und Unfreiheit aber wird auf der ‚eigenen‘ Seite kaum wahrgenommen, sondern in

einem Akt kultureller Arroganz auf das türkische ‚Andere‘ projiziert. Dies hat zur Folge, daß – wie zuletzt im Rahmen der hitzigen Debatten um eine mögliche Lieferung von Kampfpanzern an die Türkei (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 1999) – Defizite ausschließlich auf türkischer Seite gesehen werden und die deutsche Politik den Charakter eines „Kreuzzugs für eine zivilisiertere Türkei“ gewinnt.

Dieser Kreuzzug stellt jedoch lediglich eine zweite Facette der deutschen Türkeipolitik dar. Denn letztlich kann die Türkei das als westlich etikettierte Ideal nicht erreichen; die türkische Modernisierung muß nach diesem Maßstab immer unvollständig bleiben, so daß ihr Ausschluß zur logischen Konsequenz wird. Am fundamentalsten wird diese Politik der Ausgrenzung von christdemokratischen Politikerinnen und Politikern verbalisiert. Als Vorreiter kann hier der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble gelten, der bereits 1994 verlauten ließ, daß der Türkei der Weg in die EU schon allein deshalb versperrt sei, weil sie nicht zum christlich-abendländischen Kulturkreis gehöre (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9.5.1994).

Wenngleich die deutsche Türkeipolitik also durch eine Gleichzeitigkeit scheinbar widersprüchlicher Strategien gekennzeichnet ist, sollte sie nicht als richtungslos interpretiert werden – korrespondieren doch alle drei Praktiken mit der Verortung der Türkei zwischen dem ‚Eigenen‘ und den ‚Anderen‘. Vor dem Hintergrund der exklusiven deutschen Identitätspolitik jedoch kann dieser Status des Dazwischen nicht einschließend wirken oder gar, wie dies das postkoloniale Konzept der Hybridität impliziert, einen Weg zu einer Politik der Entgrenzung bzw. Dezentrierung aufzeigen (vgl. BHABHA 1994; HALL 1994). Denn diese (Geo-)Politik bietet keinen Raum für kulturelle Entgrenzung. Oder besser: Sie kann keinen Raum für kulturelle Entgrenzung bieten, weil die ‚eigene‘ Identität nur in der Ausgrenzung von scheinbar homogenen ‚Anderen‘ immer wieder normalisiert und fixiert werden kann. Daher muß die Konstruktion des „Dazwischen“ auf eine binäre Hybridität reduziert werden, die ausschließlich im exklusiven Sinne mobilisiert wird und eine Aufnahme der Türkei in den Raum des ‚Eigenen‘ letztlich unterminiert.

In diesem reduktionistischen Konzept von Hybridität wird deutlich, wie das geopolitische Denken und Handeln – unter (re-)produktivem Rückgriff auf die dichotomen Fiktionen des „zivilisierten Okzidents“ und des „bedrohlich fremden Orients“ – die Türkei letztlich immer wieder als ‚anders‘ bzw. ‚fremd‘ konzeptionalisiert. Daher besteht auch nur wenig Interesse an den vielen Wirklichkeiten der in der Türkei lebenden Menschen und – was nicht vergessen werden

sollte – an den komplexen Realitäten türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. So soll zumindest darauf hingewiesen werden, daß gerade letztere die Folgen dieser Politik zu tragen haben. Denn imaginative Demarkationslinien, oft metaphorisch als „die Mauern in unseren Köpfen“ bezeichnet, sind selbst mit einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung niemals vollständig zu überschreiten. So gelten die Türkinnen und Türken zumeist als Mitglieder einer fremden Minderheit, die eben nicht in die Oper, sondern in die Moschee gehören (ŞENOCAK 1993). Damit werden sie – ebenso wie das nationale ‚Andere‘ – implizit oder explizit vor die fragwürdige Wahl zwischen einer Assimilation bzw. Anpassung an eine ‚fremde‘ Modernität und einer Rückkehr zur vermeintlichen Authentizität ethnischer oder religiöser Ursprünge gestellt.

4.3 *Differente Verortungen*

Der geopolitischen Praxis kultureller Überlegenheit, wie sie am Beispiel der deutschen Türkeipolitik angedeutet wurde, sollte eine kritische Praxis entgegengesetzt werden – eine Praxis, die die Verortungen der binären Logik zu durchbrechen und letztlich auch zu ersetzen versucht. Gerade die Suche nach alternativen Verortungen aber birgt Schwierigkeiten, die sich nicht zuletzt auch auf sprachlicher Ebene offenbaren. So ist bereits dem Begriff der Verortung ein Moment der Fixierung immanent; eine „Schließung“, die zudem von außen/oben, also im Sinne einer Fremdrepräsentation erfolgen kann. Doch sind es gerade die fixen Festschreibungen „aus der Vogelperspektive“, die eine postkoloniale geopolitische Praxis in Abgrenzung von ihrem Gegenstück zu vermeiden bestrebt ist. Denn diese Praxis stellt die dichotomen Schemata ihres Gegenstücks radikal in Frage. Dabei geht sie nicht nur von der Fiktionalität der Kategorien Nation und Rasse aus (vgl. ANDERSON 1993 bzw. HALL 1994), sondern betont darüber hinaus die „doppelten Einschreibungen“ (HALL 1997) der ‚Anderen im Eigenen‘ und des ‚Eigenen in den Anderen‘. Daher wird eine postkoloniale Geopolitik auch nicht nach Verortungen im Sinne kultureller Vielfalt streben – wie sie etwa ein zwar gut gemeinter, aber weiterhin auf fixen Identitäten beruhender Multikulturalismus impliziert, der „vor allem die ‚exotische‘ Küche schätzt“ (HÖLLER 1996, 55). Sie wird vielmehr immer geneigt sein, personale wie kollektive Identitäten im *globalen* Raum interner Differenzen zu verorten, oder besser: zu dislozieren (vgl. BHABHA 1994).

Allerdings darf die postkoloniale Geopolitik (und hier offenbart sich ihre politisch-theoretische Gratwan-

derung) ihren Blick nicht auf das Universale beschränken. Tut sie dies aber, so läuft sie Gefahr, ihre politische Relevanz auf dem Altar der Differenz zu opfern. Denn wird die Differenz zu einer abstrakten globalen Kategorie erhoben, dann droht die konkrete Marginalität der Subalternen – und damit auch ihre Identität, ihre Selbst-Repräsentation und letztlich ihre politische Ermächtigung – ein weiteres Mal aus dem Blickfeld zu geraten. Daher muß sich die postkoloniale Geopolitik immer auch den *lokalen* Realitäten von (subalternen) Identitäten zuwenden – den lokalen Realitäten, die aus einer politischen und kulturellen Situiertheit resultieren und sich gleichzeitig jeder maßstäblichen Fixierung entziehen. Damit ist aber die wohl größte Schwierigkeit der postkolonialen Geopolitik angesprochen, denn mit der „Krise der Repräsentation“ sind immer auch Fragen der Legitimation verbunden (vgl. MEIER 1998). Oder anders ausgedrückt: auch eine postkoloniale Geopolitik benötigt für die Begegnung mit einer/einem Anderen immer eine je andere und sensible Sprache, da sie ansonsten „mit einer neuen repressiven ‚Meistererzählung‘ droht, die von allem und jedem handelt, ohne einen historischen, ethnischen oder geschlechtlichen Unterschied zu machen, gleichzeitig aber als Poststrukturalismus den ‚Unterschied‘ absolut gesetzt hat“ (WÄGENBAUR 1995, 143).

5 Fazit und Ausblick

Sollte die grundsätzliche Stigmatisierung des Geopolitikbegriffs, wie sie von weiten Teilen der deutschen Geographie mit Blick auf das Dritte Reich gepflegt wird, aufrecht erhalten werden oder dient sie mittlerweile als ein Alibi, unter dessen Mantel eine kritische Auseinandersetzung mit dem Politischen erneut vermieden werden kann? Diese Frage muß sich die deutsche Politische Geographie stellen bzw. stellen lassen, auch wenn grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer Wiederaufnahme des Terminus durchaus ihre Berechtigung haben. Aber die Ausführungen haben gezeigt, daß kritische Ansätze wie der Postkolonialismus die Verwendung des Geopolitikbegriffs nicht zwangsläufig ausschließen. Nimmt man die theoretischen Grundlagen der postmodernen/poststrukturalistischen und postkolonialen Ansätze ernst, so kann ein Gegen-Konzept von Geopolitik entwickelt werden, das nicht länger eine Reduktion komplexer Wirklichkeiten auf gleichsam natürlicher Grundlage impliziert. Im Gegenteil kritisiert diese andere Geopolitik das geopolitische Denken als eine diskursive Praxis, mit deren Hilfe jene Demarkationslinien gezogen werden, entlang derer essentialistische Homogenitäten immer wieder aufs Neue festgeschrieben werden.

Trotz – und gerade wegen – der Schwierigkeiten, denen sich eine solche Geopolitik insbesondere bei der Suche nach alternativen Verortungen aussetzt, kann sie viel zu einer zeitgemäßen Erweiterung der Politischen Geographie beitragen. Die Potentiale liegen nicht nur in der ‚anderen‘ Betrachtung des Lokal-Globalen, sondern auch im expliziten Verweis auf die Verflochtenheit von Theorieproduktion und wissenschaftlicher Praxis, die für eine *Politische* Geographie eigentlich selbstverständlich sein sollte. Denn wissenschaftliches Arbeiten bedeutet immer auch, von einem bestimmten (politischen) Standpunkt aus zu argumentieren.

So bleibt zu abzuwarten, ob die deutsche Politische Geographie bereit ist, *anders zu denken* und sich über das bisherige Maß hinaus an den interdisziplinären Debatten zu beteiligen, die sich um ein besseres Verständnis der lokal/globalen Entwicklungen bemühen. Zu hoffen ist dies nicht zuletzt angesichts der aktuellen Popularität des Geopolitikbegriffs, die umgekehrt Veranlassung genug bieten sollte, sich intensiver als bisher mit dem eigenen Forschungsverständnis auseinanderzusetzen.

Literatur

- ANDERSON, B. (1993): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt a. M.
- BAHADIR, Ş. (1997): Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 11/97, 33–40.
- BERRY, B. (1969): Geographical reviews. In: *The Geographical Review* 59, 450–451.
- BHABHA, H. (1994): *The Location of Culture*. London.
- CRUSH, J. (1994): Post-colonialism, De-colonization, and Geography. In: GODLEWSKA, A. a. SMITH, N. (Eds.): *Geography and Empire*. Oxford, 333–350.
- DALBY, S. (1991): Critical geopolitics: discourse, difference, and dissent. In: *Environment and Planning D, Society and Space* 9, 261–283.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (1999): Plenarprotokoll 14/64. Stenographischer Bericht. 64. Sitzung. Berlin, Freitag, den 29. Oktober 1999. <<http://www.bundestag.de/pp/9000509.htm>>.
- DODDS, K.-J. a. SIDAWAY, J. (1994): Locating critical geopolitics. In: *Environment and Planning D, Society and Space* 12, 515–524.
- EHLERS, E. (1996): Kulturkreise – Kulturerdteile – *Clash of Civilizations*. Plädoyer für eine gegenwartsbezogene Kultur-geographie. In: *Geographische Rundschau* 48, 338–344.
- FOUCAULT, M. (1973): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M.
- (1980): Questions on Geography. In: GORDON, C. (Ed.): *Power/Knowledge. Selected Interviews and Other Writings 1972–1977*. Michel Foucault. New York, S.63–77.

- GANDHI, L. (1998): Postcolonial Theory. A Critical Introduction. New York.
- GREGORY, D. (1994): Geographical imaginations. Cambridge.
- GRIMM, S. (1997): Postkoloniale Kritik. Edward Said, Gayatri C. Spivak, Homi K. Bhabha. In: Die Beute 14, 48–61.
- HALL, S. (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg.
- (1997): Wann war „der Postkolonialismus“? Denken an der Grenze. In: BRONFEN, E.; MARIUS, B. u. STEFFEN, T. (Hrsg.): Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte. Tübingen, 219–246.
- HENDERSON, W. O. (1993): The German colonial empire, 1884–1918. London.
- HÖLLER, C. (1996): Terrains der Verstörung. Interview mit Stuart Hall. In: Texte zur Kunst 6, 24, 47–57.
- HULME, P. (1995): Including America. In: Ariel 26, 1, 117–123.
- HUNTINGTON, S. (1993): The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs 72, 3, 22–49.
- JACOBS, A. u. MASALA, C. (1999): Vom Mare Nostrum zum Mare Securum. Sicherheitspolitische Entwicklungen im Mittelmeerraum und die Reaktionen von EU und NATO. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99, 29–37.
- JÜNEMANN, A. (1997): Die Euro-Mediterrane Partnerschaft vor der Zerreißprobe? Eine Bilanz der zweiten Mittelmeerkonferenz von Malta. In: Orient 38, 456–475.
- (1999): Deutsche Mittelmeerpolitik im europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99, 11–19.
- KOST, K. (1997): Geopolitik und kein Ende. Thesen zur Gegenwart der Politischen Geographie in Deutschland. In: GRAAFEN, R. u. TIETZE, W. (Hrsg.): Raumwirksame Staatstätigkeit. Festschrift für Klaus-Achim Boesler zum 65. Geburtstag. = Colloquium Geographicum 23. Bonn, 133–152.
- KRÄMER, G. (1995): Fremde Nachbarn: Der Nahe und der Mittlere Osten. In: KAISER, K. u. MAULL, H. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 2. München, 157–173.
- KRAMER, H. (1996): Die Türkei im Schnittpunkt der Regionen und Kulturen. In: Geographische Rundschau 48, 590–594.
- (1998): Europäische Interessen in den Beziehungen zur Türkei. In: REITER, E. (Hrsg.): Österreich und die NATO. Die sicherheitspolitische Situation Österreichs nach der NATO-Erweiterung. Graz, 417–433.
- LERCH, W. (1993): Die Türkei als regionale „Großmacht“. Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B38–39, S.3–9.
- LYOTARD, J.-F. (1979): La condition postmoderne: rapport sur le savoir. Paris.
- MACKINDER, H. (1904): The geographical pivot of history. In: Geographical Journal 23, 421–444.
- MEIER, V. (1998): Jene machtgeladene Beziehung der „Konversation“ ... Poststrukturalistische und postkoloniale Geographie. In: Geographica Helvetica 3, 107–111.
- NARR, W.-D. (1998): Die behauptete Allgemeinheit. Menschenrechte in Geschichte und Gegenwart. In: iz3w 232, 21–23.
- OBENBRÜGGE, J. u. SANDNER, G. (1994): Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. In: Geographische Rundschau 46, 676–683.
- Ó TUATHAIL, G. (1994): (Dis)placing geopolitics: writing on the maps of global politics. In: Environment and Planning D, Society and Space 12, 525–546.
- (1996): Critical Geopolitics The Politics of Writing Global Space. London.
- Ó TUATHAIL, G. a. AGNEW, J. (1992): Geopolitics and discourse. Practical geopolitical reasoning in American foreign policy. In: Political Geography 11, 190–204.
- PHILO, C. (1992): Foucault's geography. In: Environment and Planning D, Society and Space 10, 137–161.
- PLOETZ, H. VON (1998): Eine solide Partnerschaft auch in schwierigen Zeiten. <http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/98/n/n981106a.htm>.
- RUF, W. (1998): Demokratie in der arabischen Welt. Ein Widerspruch in sich selbst? In: E+Z 39, 228–231.
- SAID, E. (1978): Orientalism. New York.
- (1989): Representing the colonized: anthropology's interlocutors. In: Critical Inquiry 15, 205–225.
- (1993): Culture and Imperialism. London.
- SANDNER, G. u. OBENBRÜGGE, J. (1992): Political Geography in Germany after World War II. In: EHLERS, E. (Hrsg.): 40 Years After: German Geography. Developments, Trends and Prospects 1952–1992. Bonn, 251–275.
- SCHLOTTER, P. (1999): Das Maghreb und Europa. Perspektiven des Barcelona-Prozesses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99, 3–10.
- SCHMITZ, B. (1998): Deutschland postkolonial? Über die ‚Bewältigung‘ des deutschen Kolonialismus. In: iz3w 232, 36–38.
- SCHÖLLER, P. (1957): Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik. In: Erdkunde 11, 313–316.
- SCHULTZ, H.-D. (1999): Europa als geographisches Konstrukt. = Jenaer Geographische Manuskripte 20.
- ŞEN, F. (1998): Draußen vor der Tür? Die Türkei, Deutschland und Europa. In: Internationale Politik 1/1998, 45–47.
- ŞENOCAK, Z. (1993): Atlas des tropischen Deutschland. Berlin.
- STEINBACH, U. (1979): Kranker Wächter am Bosphorus. Die Türkei als Riegel zwischen Ost und West. Freiburg.
- (1989): Die Türkei zwischen Vergangenheit und Gegenwart. In: Informationen zur politischen Bildung 223, 40–44.
- (1996a): Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch-Gladbach.
- (1996b): Interessen und Handlungsmöglichkeiten Deutschlands im Nahen und Mittleren Osten. In: KAISER, K. u. KRAUSE, J. (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. München, 189–194.
- (1997a): Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/97, 24–32.

- (1997b): Islamischer Staat Türkei? Folgerungen für die europäische Politik. In: *Internationale Politik* 8/1997, 51–58.
- TIBI, B. (1998): Die postkemalistische Türkei. Zwischen EU und pantürkischem Islamismus. In: *Internationale Politik* 1, 1–8.
- TROLL, C. (1947): Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933–1945. Eine Kritik und Rechtfertigung. In: *Erdkunde* 1, 3–48.
- WÄGENBAUR, T. (1995): Postmoderne und Multikulturalität. Der feine Unterschied. In: KESSLER, M. u. WERTHEIMER, J. (Hrsg.): *Multikulturalität. Tendenzen, Probleme, Perspektiven im europäischen und internationalen Horizont*. Tübingen, 129–145.
- WILLIAMS, P. a. CHRISMAN, L. (1994): Colonial Discourse and Post-Colonial Theory: An Introduction. In: WILLIAMS P. a. CHRISMAN, L. (Eds.): *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*. New York, 1–26.

BERICHTE UND MITTEILUNGEN

VALUES AND IDEOLOGY IN PLACE DESCRIPTIONS IN GEOGRAPHY SCHOOLBOOKS: THE ISRAELI CASE

YORAM BAR-GAL

Zusammenfassung: Wertvorstellungen und Ideologien bei Ortsbeschreibungen in geographischen Schulbüchern Israels

Ideologien, die Ausbildungssystemen zugrunde liegen, verbergen ihre Wertvorstellungen in Lehrbüchern und Lehrplänen. Um deren Veränderungen zu verstehen, muß man auf die Sprache zurückgreifen, welche die ideologischen Inhalte einer bestimmten Zeit beinhalten. Lehrbücher vermitteln „soziale Manifeste“, die den „offiziellen Sprachgebrauch“ einschließen, in dem die Ideologien zum Zwecke der Kommunikation und Sozialisierung benutzt werden. Geographielehrbücher können wie andere „soziale Archetypen“ als „Rohmaterial“ zum Verständnis der Kulturen verwendet werden, die sie hervorgebracht haben. Als „Rohmaterial“ liegt die Kultur zugrunde, die die Lehrbücher „schreibt“ und die Texte vermitteln Bilder, die für das Überleben einer Kultur unabdingbar sind.

Die in diesem Artikel vorgestellten Beispiele veranschaulichen, daß Lehrbücher ganz unterschiedliche Darstellungen derselben Orte enthalten. Die Ortsbeschreibungen in geographischen Lehrbüchern (die die Raumvorstellungen eines Schülers beeinflussen) sind eine direkte Folge der jeweils gültigen Ideologie. Auf diese Weise kann das Ausbildungssystem als Erweiterung der vorherrschenden politischen Macht Kontinuität und Überleben der ideologischen Bewertung von Raum und Ort eines Landes sichern.

Summary: The ideology which shaped the education system, buried its values in textbooks and curricula. Therefore in order to understand the various changes in ideology one must turn to language, which transmits the ideological meanings within a certain period. Textbooks provide “social manifestoes”, which include the “formal language” in which ideology is used for purposes of communication and socialization. Geography textbooks, as other social archetypes, may be used as “raw material” for the purpose of understanding the culture which creates them. As “raw material”, the culture which “writes” the textbooks lies hidden within them, and these texts create images crucial for the culture’s survival.

From the examples discussed in this article, one can see that geography textbooks present different representations of the same places. One can see that the representation of places in geography textbooks (which influence the construction of a student’s spatial conception) is a direct result of the accepted ideology. In this way, the educational system, which is an extension of the prevailing political power, may insure continuity and survival of its ideological perception of space and places within a country.

Introduction

From the social perspective, states saw a need to include geography as a subject in school when nationalism in Europe in the 19th century was at its peak – in order to assist in achieving the political goals of nationalism (CAPEL 1981). It seems, therefore, that the territorial connection of the student to his or her homeland

is one of the goals of geographical education; this connection lies hidden in curricula and school textbooks.

School textbooks are central to the process of territorial socialization (DUCHACEK 1970). These texts contain the ideological consensus which allows them to become accepted and desirable in the education system. Because these texts are written and edited by educated,